**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 78 (1984)

**Heft:** 7-8

**Nachruf:** Zum Tode von Enrico Berlinguer : kein Nachruf, sondern ein Aufruf zum Dialog

**Autor:** Zademach, Wieland

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

*Wieland Zademach*

# Zum Tode von Enrico Berlinguer

## Kein Nachruf, sondern ein Aufruf zum Dialog

Am Pfingstmontag dieses Jahres verstarb der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Enrico Berlinguer, im Alter von 62 Jahren. In vielen Nachrufen und Kommentaren wurden sein Leben und Wirken, insbesondere seine Verdienste um den Eurokommunismus und dessen italienische Gestaltungsperspektive, den Historischen Kompromiss, gewürdigt. Selbst Papst Johannes Paul II. anerkannte Berlinguers Eintreten für eine humane Gesellschaftsform. Bedauerlicherweise, vielleicht auch bezeichnenderweise gingen die meisten Kommentare – sowohl aus östlicher wie auch aus westlicher Sicht – fast überhaupt nicht darauf ein, dass die Politik des Historischen Kompromisses wie die Vorstellung eines Eurokommunismus insgesamt auch ein «reformiertes» Verhältnis zu Religion und Kirche intendiert. Dieser besonders zukunftsträchtige Aspekt soll deshalb wenigstens hier einmal skizzenhaft umrissen werden.

### Der Historische Kompromiss als Ausdruck des Glaubens an einen eigenständigen Kommunismus und an einen «Sozialismus der Reform»

Als Begriff wird der «Historische Kompromiss» zum ersten Mal von Enrico Berlinguer in einer Artikelserie der Parteizeitung «Rinascita» vom 28. September 1973 verwandt, die den Titel trägt: «Gedanken zu Italien nach den Ereignissen in Chile». Die Sache jedoch, die der «compromesso storico» bezeichnet, ist wesentlich älter; sie hat eine lange Vorgeschichte, nicht nur innerhalb der KPI, sondern auch innerhalb der italienischen Bevölkerung, und reicht zurück bis zum antifaschistischen Widerstand in den 30er Jahren mit Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti als ihren herausragenden Leitfiguren.

Die Politik des Historischen Kompromisses versteht sich nicht nur als «Linksalternative», sondern als «demokratische Alternative» überhaupt. Sie peilt deshalb auch mehr an als etwa nur einen Wahlsieg von 51 Prozent der Linkskräfte, weil sie davon ausgeht, dass der frontale Zusammenstoss derjenigen Parteien, die in breiten Bevölkerungsschichten eine Basis haben, zu einer Spaltung des Landes führen würde, was für die Demokratie verhängnisvoll wäre und dem demokratischen Staat sogar die Überlebensgrundlage entziehen könnte. Die Kommunisten schlagen daher eine Koalitionsregierung vor – einen «Kompromiss», der «historisch» genannt wird, der also kein ideologischer Kompromiss sein soll, ebensowenig allerdings ein taktischer. Aus dieser Koalition heraus wollen sie versuchen, jene Hegemonie (nicht Diktatur!) der Arbeiterklasse zu realisieren, deren hauptsächlicher Wortführer und Fürsprecher in Italien die KPI ist.

Diesem Vorhaben liegt die Annahme zugrunde, dass es möglich sei, in Italien einen «Sozialismus der Reform» (anstatt einen der Revolution) zu verwirklichen und dass es diesem Sozialismus gelingen könnte, die Gesellschaft nach und nach zu einer wahrhaft sozialistischen Gesellschaft (gegründet auf eine soziale Verteilung der Produktionsmittel) und zu einer

wahrhaft demokratischen umzuformen, in der die individuellen und die kollektiven Menschenrechte durch eine wachsende «Sozialisierung der Politik» und durch eine «bodenständige Demokratie» verwirklicht würden. Der Historische Kompromiss ist somit eigentlich nur ein Name für das vorläufige theoretische Resultat eines jahrzehntelangen Entwicklungsprozesses der KPI.

Der Preis, den die italienischen Kommunisten für die Zustimmung der anderen Parteien und Volksschichten zur Politik des Historischen Kompromisses zu bezahlen bereit sind, ist ihre vorbehaltlose Anerkennung der parlamentarischen Demokratie mit ihren tradierten Spielregeln und bürgerlichen Rechten. Der Preis, den die KPI von den andern fordert, ist die Mitbeteiligung der KPI an der Regierung und – auf lange Sicht – die Bereitschaft, eine Entwicklung Italiens in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus nicht mit Gewalt zu verhindern, falls dieser von einer breiten Mehrheit im Volke getragen und legitimiert wird.

Berlinguers «Historischer Kompromiss» ist der italienische Versuch, eine westlich-europäische Form des Kommunismus zu schaffen, unabhängig von Moskau und vom osteuropäischen Kommunismus, eigenständig gegenüber den anderen existierenden Formen des Kommunismus. Diese tiefgreifende Evolution im italienischen Kommunismus brachte der KPI von seiten «orthodoxer» Parteien den Vorwurf «revisionistischer» und «sozialdemokratischer» Tendenzen ein. Dem wäre allerdings entgegenzuhalten, dass die KPI von einer politischen, ideologischen und kulturellen Überlegung weitreichenden Ausmasses ausgegangen ist. Es geht und ging darum, auf der Basis marxistischer Ideale ein Grundkonzept vom Staat, von der Partei und von ihren gegenseitigen Beziehungen auszuarbeiten sowie von den Beziehungen zwischen Staat und Kirche beziehungsweise KPI und Religion.

**Der Antikommunismus der italienischen Hierarchie und die weltanschauliche Toleranz der KPI**

In seinem Grundsatzreferat auf dem XIII. Parteitag der KPI im März 1972 befasste Berlinguer sich auch mit dem Verhältnis zur katholischen Welt. Es ging ihm darum, den Dialog und die Begegnung zwischen kommunistischer und katholischer Welt zu vertiefen, um den Staat zu erneuern und ihm eine breite Massenunterstützung zu sichern, damit er vor jeder konservativen Rückentwicklung bewahrt werden könne: «Daher besteht unsere Aufgabe darin, alle wahrhaft demokratischen katholischen Kräfte zu unterstützen... und unseren Teil dazu beizutragen, damit jene Werte, nach denen die lebendigsten christlichen Gewissen streben, einen historisch angemessenen Ausdruck finden, um selbständig am Aufbau einer höheren Gesellschaft mitzuwirken.»[1]

Dass diese Dialogofferte nicht ganz ohne Echo von zumindest «halboffizieller» katholischer Seite blieb, das bezeugt ein Briefwechsel zwischen dem Bischof von Ivrea, Luigi Betazzi, und Enrico Berlinguer in den Jahren 1976 und 1977.[2] Der «offene Brief» Betazzis entstand nach den Wahlen vom 20. Juni 1976, die den Kommunisten beachtliche Erfolge einbrachten. Zwar gibt es im italienischen Katholizismus nicht wenige linksorientierte, der KPI nahestehende oder ihr gar angehörende Priester, auch viele Laien, die als unabhängige Kandidaten auf KPI-Listen für Kommunal- oder Parlamentswahlen aufgestellt werden; aber die italienischen Bischöfe sind grösstenteils antikommunistisch eingestellt. In diesem Zusammenhang ist Betazzis Brief nicht nur eine mutige Geste, sondern ein Novum, ein historisches Dokument. «Ich wende mich um des Dialoges willen an Sie», schrieb Betazzi an Berlinguer – nie zuvor hatte sich ein italienischer Bischof so gegenüber Kommunisten geäussert.

Das Neue an diesem Verhalten wird deutlich, wenn man an das Dekret des

Heiligen Offiziums vom 1. Juli 1949 denkt, das seinerzeit von Papst Pius XII. persönlich approbiert wurde und Kommunisten generell exkommunizierte. Statt dessen tritt Betazzi für den Dialog ein: Er spricht von der Notwendigkeit einer «fortwährenden Auseinandersetzung» zwischen Christen und Kommunisten, in deren Verlauf die eine oder andere Seite vielleicht nochmals einige ihrer Standpunkte überdenken sollte. Die Christen müssten prüfen, was an ihrer politischen Orientierung wirklich vom Glauben her inspiriert und wieviel «von anderen Ideologien oder anderen Interessen eingegeben» sei; die Kommunisten sollten prüfen, was an ihren Standpunkten «wirklich von einer Verpflichtung zur Gerechtigkeit und Gleichheit angeregt» werde und «wieviel sich dagegen weiterhin mit ideologischen Aspekten und konkreten Verfahren verbindet», die für eine Politik zugunsten des Volkes nicht wichtig seien. Betazzis Brief mündet schliesslich in eine Einladung zur gegenseitigen Selbstkritik.

Berlinguers Antwort erfolgte, mit geschicktem Timing, erst über ein Jahr später: zur Zeit der Diskussion über das Konkordat im Parlament und der internationalen Bischofssynode in Rom. Der Brief, der das Datum vom 7. Oktober 1977 trägt, behandelt drei Grundthemen: KPI und Marxismus, KPI und Religion, KPI und Staat.

*Marxismus ohne Dogma*

Betazzi hatte betont, dass die KPI «sich ausdrücklich zu der marxistischen Ideologie bekennt, was offensichtlich mit dem christlichen Glauben unvereinbar ist». Diese Behauptung bestreitet Berlinguer, indem er bemerkt, «als Partei» bekenne sich der italienische Kommunismus nicht zur marxistischen Ideologie, «wenn sie als materialistische, atheistische Philosophie verstanden wird». Der Marxismus der KPI sei kein «ideologisches Credo», sondern «eine bedeutende, lebende Lektion», «ein grosses Erbe» sozialer Analyse und politischen Kampfes, ein Besitz, auf den man nicht verzichten kann, jedoch – und das ist entscheidend – nicht unbeweglich, nicht in einer unberührbaren Doktrin versteinert: ein Besitz, den man «kritisch wie eine Lehre verstehen und nutzen muss, nicht nur annehmen und dogmatisch lesen wie einen unveränderlichen Text».

*Marxismus ohne antireligiöses Vorurteil*

Die KPI ist die erste westliche kommunistische Partei gewesen, die das antireligiöse Vorurteil überwunden hat; und das trotz des hemmungslosen Antikommunismus, der in der Nachkriegszeit und während der Zeit des Kalten Krieges gepredigt wurde, so als sei der Antikommunismus quasi das Evangelium der italienischen katholischen Hierarchie. In seinem Brief zitiert Berlinguer einige Texte, welche die Toleranz der KPI belegen. So etwa den Artikel 2 des im Januar 1946 beschlossenen Parteistatuts, nach dem sich alle Bürger in der Partei einschreiben können, «ungeachtet der Rasse, des Glaubens und philosophischer Überzeugungen»; die KPI «exkommunizierte» die Gläubigen nicht – drei Jahre später aber exkommunizierte der Vatikan die Kommunisten.

Der zweite Text ist eine der «Thesen», die im Dezember 1962 vom X. Parteikongress angenommen wurden. Ein Plädoyer dafür, «dass das Streben nach einer sozialistischen Gesellschaft nicht nur bei Menschen religiösen Glaubens seinen Weg finden kann, sondern dass ein solches Streben aus religiösem Gewissen motivierbar wird». Mit Recht kommentiert Berlinguer: «Hier wird etwas wirklich Neues proklamiert.»

*Der Laizismus der KPI*

Ein dritter Text ist einer Rede entnommen, die der damalige Generalsekretär Luigi Longo 1966 auf dem XI. Kongress der KPI gehalten hatte: «Wir bestätigen, dass wir für einen effektiven und absolut laizistischen Staat sind; dass wir wie ge-

gen einen konfessionellen, so auch gegen den atheistischen Staat sind; dass wir für die absolute Einhaltung der Religionsfreiheit, der Gewissensfreiheit für Gläubige und Nichtgläubige, Christen und Nichtchristen sind. Wir sind also dagegen, dass der Staat einer Ideologie, einem religiösen Glauben oder einer kulturellen Richtung irgendein Privileg zuerkenne, das anderen schadet.»

Auf der Grundlage dieser offiziellen Dokumente formulierte Berlinguer die zentrale These seines Briefes: Die KPI ist eine «laizistische und demokratische» Partei und daher «als solche nicht theistisch, nicht atheistisch und nicht antitheistisch»; sie will «einen laizistischen und demokratischen» Staat, «auch er also nicht theistisch, nicht atheistisch und nicht antitheistisch».

Um die Tragweite dieser Formulierungen richtig ermessen zu können, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass der «laizistische Staat» für Berlinguer nicht nur den nicht-konfessionellen, sondern auch den nicht-ideologischen Staat meint. Nur in dieser «Fülle des Laizismus», auch auf dem Gebiet der geistigen Überzeugungen und Weltanschauungen, kann der Staat wirklich in vollem Umfang sein eigenes, ursprünglich demokratisches Wesen ausdrücken. Der Staat als Institution darf weder für noch gegen Gott sein – weder bekämpft er die Religion, noch privilegiert er sie. Berlinguer schliesst: «Wir Kommunisten wollen eine derart organisierte Gesellschaft, dass sie den christlichen Werten gegenüber immer offener und einladender wird. Wir wollen jedoch keine ‚christliche' Gesellschaft oder einen ‚christlichen' Staat; nicht, weil wir Antichristen sind, sondern deshalb, weil dann daraus nur eine ‚ideologische, integralistische' Gesellschaft (oder ein solcher Staat) entstünde.»

**Ermutigung für progressive Demokratie**

Berlinguers Brief spricht für sich selbst. Es wäre falsch, ihn taktisch oder opportunistisch misszuverstehen, denn er ist programmatisch gemeint. Hier entsteht das Bild einer kommunistischen Partei, die es sich zur Aufgabe macht, durch einen Prozess progressiver Demokratie den Übergang von der bürgerlich-liberalen Demokratie zu einer neuen Form politischer und sozialer Demokratie zu verwirklichen, die einerseits durch den Beitrag der Arbeiterbewegung, durch deren Werte und Kultur, charakterisiert wird, die jedoch andererseits auch die wichtigsten Errungenschaften der liberal-demokratischen Tradition beibehält. Der von Berlinguer anvisierte Staat wäre nicht mehr bürgerlich, er wäre nicht kapitalistisch, auch nicht im Sinne des Staatskapitalismus; er wäre kein Staat einer einzigen Partei, einer Klasse oder Kirche, sondern er wäre demokratisch und pluralistisch, weil von unten her aufgebaut, unter Beteiligung aller sozialen Kräfte und aller Komponenten der Gesellschaft.

In diesem Rahmen wäre das Christentum weder ausgeschlossen noch auf eine Privatangelegenheit reduziert, sondern seine besondere Funktion als «Ferment des Neuen in der Welt» wäre im Gegenteil anerkannt. Paolo Ricca hat sicher recht, wenn er diesem Brief und damit auch der Persönlichkeit Berlinguers insgesamt attestiert: «Er öffnet neue Perspektiven, sowohl für die italienische kommunistische Bewegung als auch für das historische Christentum. Er verlangt daher von Kommunisten und Christen, auf neue Weise alten Problemen und alten Streitfragen zu begegnen und sie zu lösen. Berlinguers Brief wurde diktiert von jener Hoffnung, dass der Kommunismus etwas anderes und Besseres sein kann als der bisher von Osteuropa her bekannte und dass das Christentum etwas anderes und Besseres sein kann als das bisher von den verschiedenen europäischen christlich-demokratischen Parteien vertretene Christentum.»

Ob und wie sich Kommunismus und real existierender Sozialismus diesen

Herausforderungen stellen, das dürfte nicht zuletzt von den «Früchten» abhängen, an denen die Christen zu erkennen sind. Ein vorurteilsfreier Dialog wäre wohl kein schlechter Anfang. Berlinguers geistiges Erbe ist dafür eine hilfreiche Ermutigung!

[1] E. Berlinguer, Für eine demokratische Wende, Hamburg/Westberlin 1975, S. 208.
[2] Dieser Briefwechsel ist dokumentiert in: Junge Kirche, Nr. 8 und 9, Bremen 1978. Kommentiert wurde er von P. Ricca in: Lutherische Monatshefte, Nr. 6, Hannover 1978. Die folgenden Zitierungen beziehen sich auf die beiden vorgenannten Orte.

---

# Adriaan van Biemen (1915–1984)

Am 27. Mai ist in Bentveld Adriaan van Biemen gestorben, der bis vor einem Jahr Präsident des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialisten war. Er hat noch vor kurzem in «Tijd & Taak», der Zeitschrift unserer holländischen Freunde, einen Gedenkartikel für Christine Ragaz veröffentlicht, die als Sekretärin des Internationalen Bundes mit ihm zusammengearbeitet hatte. Eine Generation von getreuen Trägern unserer Bewegung, die in den Nachkriegsjahren den Bund wieder aufgebaut haben, verlässt uns!

Adriaan ist im Jahre 1946 der Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Woodbrooker geworden, jener ursprünglich von den britischen Quäkern in den Niederlanden geschaffenen Gruppe, die den Gedanken des Religiösen Sozialismus seit den Anfängen getragen hat. Als nach dem Ende der Besetzung William Banning, der eigentliche Führer der niederländischen Bewegung und ihrer Volkshochschule in Bentveld, zum Leiter des Tagungszentrums der Hervormden Kerk in Driebergen bei Utrecht berufen wurde, hat Adriaan die Leitung Bentvelds und der Arbeitsgemeinschaft übernommen und auch die Hauptredaktion von «Tijd & Taak».

Der aus der Orthodoxie stammende und in Leiden ausgebildete Theologe hat sich überall mit seiner starken Persönlichkeit, aber auch mit seiner Musikalität, seiner literarischen Begabung und seinem goldenen Humor eingebracht. Geistig war er von Martin Bubers Denken berührt, und wenn er von seinen Kontakten mit Christen in der DDR berichtete, erkannte man die Furchtlosigkeit und Vorurteilslosigkeit dieses Mannes. Nicht nur seine holländischen Freunde, nein, wir alle haben einen vorbildlichen Sozialisten aus christlicher Gesinnung und einen wertvollen Freund verloren.

Markus Mattmüller

■